

### Bielefeld: An diesen Stellen kommt es oft zu Stadtbahnunfällen



■ **Bielefeld.** 125 Mal war bei Unfällen seit 2016 die Stadtbahn beteiligt. Die Zahl schwerer Kollisionen nimmt zwar nicht zu, an einigen Stellen kracht es aber oft. Die Beckhausstraße ist nicht nur gefühlt, sondern auch tatsächlich Unfallschwerpunkt. Das geht aus Zahlen und Grafiken von Mobjel, Polizei und Stadt hervor.

### Wirbel um verbotenen Krebs-Vortrag

■ **Bielefeld.** Das Gesundheitsamt hat den Vortrag eines Arztes verboten, der unzulässig Werbung für Methadon gemacht haben soll, ein starkes Medikament.

### Genesungswünsche von allen Seiten

■ **Bielefeld.** Die Handballer der Stadt reagieren mit großer Anteilnahme auf die schwere Verletzung, die sich Augustdorfs Florian Hengsbach im Derby gegen den TuS 97 zugezogen hat.

### Zwischen Weser und Rhein

#### Umstrittenes Gutachten zu Wilfried W.

■ **Paderborn.** Mit Spannung ist die Aussage des Gutachters im Bosseborn-Prozess erwartet worden. Doch im Mittelpunkt stand die Attacke eines Verteidigers gegen den Sachverständigen.

### Der richtige Schutz vor Krankheiten

■ **Bielefeld.** Bakterien, Viren, Krebs, Verletzungen – Gefahren für die Gesundheit gibt es viele. In unserer Themenwoche „Mit Sicherheit mehr vom Leben“ geben wir Tipps dagegen.

### Sport

#### DFB-Elf spielt Unentschieden

■ **Köln.** Durch ein Tor von Lars Stindl in der dritten Minute der Nachspielzeit hat die deutsche Fußballnationalmannschaft in Köln gegen Frankreich noch ein 2:2-Unentschieden geholt.

### Wirtschaft

#### Unruhe bei Gerry Weber

■ **Halle.** David Frink, Finanzvorstand der Gerry Weber AG, steht offenbar vor dem Abschied. Laut Unternehmensmitteilung will der Aufsichtsrat über neue Vorstandsstrukturen entscheiden.

### Wetter



### Die *schräge* Meldung

■ **Germersheim.** Mit einem selbst eingebauten Blaulicht ist ein Autofahrer über die A 8 gerast. Er soll zunächst in Richtung Karlsruhe unterwegs gewesen sein und mehrere Autos rechts überholt haben, wie die Polizei mitteilte. Dann habe er das Blaulicht eingeschaltet, das im Bereich des Kühlergrills eingebaut war. So habe er sich auf der Autobahn den Weg frei gemacht. Ein anderer Fahrer hatte die Polizei informiert und den Raser verfolgt. Die Polizei Germersheim konnte ihn schließlich stellen.

### Kultur

#### Große Hoffnungen für Simbabwe

■ **Bielefeld.** Petina Gappah, geboren in Simbabwe, ist promovierte Juristin und international erfolgreiche Schriftstellerin. Bei den Literaturtagen Bielefeld stellte die 46-Jährige ihren neuen Erzählband „Die Schuldigen von Rotten Row“ vor. Im Interview erklärt sie, warum sie große Hoffnungen für ihr Heimatland hegt.

FOTO: CARSTEN MOSEBACH



FOTO: BRAUN

### OWL als bekannte und starke Marke

■ **Bielefeld.** Eine bundesweite Umfrage zum Image der Region liefert gute Nachrichten: OWL steht für hohe Lebensqualität, starke Unternehmen, innovative Forschung und gute Verkehrsanbindung – hier symbolisiert durch die Externsteine, Dr. Oetker, die A 33 und das Heinz-Nixdorf-Forum. > *Wirtschaft*



FOTO: FRUCHT



FOTO: JENS REDDECKER

# Abkehr vom Turbo-Abi greift schon nächstes Jahr

**Gymnasien:** Ministerin Gebauer (FDP) präsentiert das Konzept der NRW-Regierung. Nur in Ausnahmen bleibt es bei G8 – wenn die Schulkonferenz es so will

Von Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** Schon die allermeisten Kinder, die kommenden Sommer aufs Gymnasium wechseln, werden wieder neun Gymnasialjahre (G9) vor sich haben. Die Abkehr vom achtjährigen „Turbo-Abi“, die die schwarz-gelbe Landesregierung beschlossen hat, wird zwar formal erst im Schuljahr 2019/20 vollzogen. Sie gilt dann aber sowohl für die fünften als auch für die dann sechsten Klassen.

Die Einzelheiten der Rückkehr zu G9 stehen in dem Gesetzentwurf, den Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) dem Landeskabinett präsentierte. Darin wird auch geklärt, nach welchem Verfahren die rund 625 Gymnasien in NRW entscheiden dürfen, ob sie ausnahmsweise doch an der kürzeren Schulzeit festhalten wollen. Zuständig für diese Entscheidung ist allein die Schulkonferenz, in der Leh-

rer, Eltern und Schüler zu je einem Drittel vertreten sind. Sie entscheidet mit zwei Dritteln plus einer Stimme. Das gilt, damit nicht eine der drei Gruppen komplett überstimmt werden kann. Eine Entscheidung für G8 soll im Herbst 2018 erfolgen, spätestens bis zum 31. Januar 2019. In der Regel außen vor ist bei der Entscheidung der Schulträger, also die Kommune oder der Kreis. Sie sind in der Schulkonferenz nicht vertreten. Lediglich in Ausnah-

mefällen kann der Schulträger sein Veto gegen einen G-8-Beschluss einlegen. Beispielsweise, wenn das einzige Gymnasium am Ort G8 behalten will, die Gymnasien in den umliegenden Orten aber alle G9 haben und der Schulträger deshalb die Gymnasialversorgung im Ort gefährdet sieht. Die immerhin 115 Gymnasien mit privaten Trägern – die meisten sind kirchlich – sind in ihrer Entscheidung frei, ob sie G8 oder G9 anbieten wollen. Das Gesetz soll Anfang 2018

in den Landtag eingebracht werden und könnte noch vor der Sommerpause 2018 beschlossen werden.

Außerdem soll im G-9-Gesetz stehen, dass das Land die Kosten für den erforderlichen Raumbedarf übernehmen will. Genaue Schätzungen gibt es hier noch nicht, es dürfte sich aber um mindestens 600 bis 700 Millionen Euro handeln. Damit hat das Land eine der wesentlichen Forderungen der Kommunen als Schulträger erfüllt. Allerdings dürfte es noch Diskussionen über die tatsächliche Höhe der Kostenentstattungen geben. Das Präsidium des Städte und Gemeindetags befasst sich mit der Frage am kommenden Mittwoch, begrüßt aber ebenso wie der NRW-Städtetag die grundsätzliche Zusage der Landesregierung, die Kosten für den zusätzlichen Raumbedarf zu übernehmen. > *Zwischen Weser und Rhein, Kommentar*

### Studentafel



Wechsel: Von G8 geht es zurück zu G9. FOTO: DPA

■ Die Rückkehr zu G9 bedeutet auch mehr Unterricht. In den Klassen fünf bis zehn soll es zusammengezählt 188 Wochenstunden geben. In der bisher verkürzten Sek-1-Zeit von Klasse fünf bis neun waren es 163. Vor 2005 lag die Zahl bei 179.

## Weiter Streit um Familiennachzug

**Jamaika-Sondierung:** Einigung über Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

■ **Berlin** (rtr). Nach der Einigung bei einigen Streitthemen haben vor allem Grüne und FDP vor der neuen Sondierungsrunde erneut Härte demonstriert. Grünen-Parteichef Cem Özdemir forderte etwa Hardware-Nachrüstungen für Diesel-Autos. Der FDP-Finanzexperte Volker Wissing schloss alle Formen von Steuererhöhungen aus. Führende CDU-Politiker betonten die Chancen auf eine Einigung. „Wir haben aber schon noch ein paar schwere Brocken“, sagte Unionsfraktions-

chef Volker Kauder und nannte als Beispiel den Familiennachzug für Flüchtlinge und den Klimaschutz. Kauder und CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn beharren darauf, dass der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus auch nach März 2018 ausgesetzt bleiben soll. Das stößt auf Widerstand bei den Grünen. Die Unterhändler hatten sich zuvor auf einen Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für Grundschul-

## UN kritisieren EU-Politik als „unmenschlich“

■ **Genf** (AFP). Die EU hat sich für ihre Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache beim Aufgreifen von Flüchtlingen im Mittelmeer eine Rüge der Vereinten Nationen eingehandelt. UN-Menschenrechtskommissar Zeid Ra'ad al-Husseini kritisierte das Vorgehen der EU als „unmenschlich“. Die EU trage dazu bei, dass die Flüchtlinge zurück nach Libyen gebracht würden, wo sie unter „grausamen“ Umständen leben müssten. „Das Leiden von Flüchtlingen, die in Libyen festgehalten werden, ist ein Verbrechen am menschlichen Gewissen.“

## Rentenbeitrag sinkt leicht

■ **Berlin** (AFP). Die Arbeitnehmer können für das kommende Jahr auf eine leichte Entlastung bei den Rentenbeiträgen hoffen. Der Beitragssatz könnte zum Jahreswechsel von derzeit 18,7 Prozent auf 18,6 Prozent sinken, wie die Deutsche Rentenversicherung Bund mitteilte. Der Satz werde wohl bis 2022 bei 18,6 Prozent bleiben und „bei unveränderten rechtlichen Rahmenbedingungen“ erst 2023 wieder auf 18,7 Prozent erhöht werden müssen. > *Seite 3*

## Schimmel in Polizeigebäuden

■ **Düsseldorf** (AFP). Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Nordrhein-Westfalen beklagt sich über Schimmel und Mäuse in Dienstgebäuden. „Die Arbeitsbedingungen sind teilweise unhaltbar und gesundheitsgefährdend“, sagt GdP-Landeschef Arnold Plickert. Eine Mängelliste der Gewerkschaft zählt landesweit 18 Liegenschaften mit besonders drängenden Problemen auf. Stellenweise müssen sich der Liste zufolge 25 Polizisten eine mobile Dusche teilen.

Wir sind für Sie da!

Redaktion: Tel. 05 21/55 50 • E-Mail: redaktion@nw.de  
Aboservice: Tel. 05 21/55 58 88 • E-Mail: abo-service@nw.de  
Anzeigenservice: Tel. 05 21/55 53 33 • E-Mail: anzeigen@nw.de  
Kartenvorverkauf: Tel. 05 21/55 54 44



facebook.com/neuwestfaelische

Anzeige

**Neue Westfälische**

Wohnung zu klein?

nw-immo.de